
Anfrage der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat; Appell an private Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer

KSD 20151448

Stellungnahme der Verwaltung

Zu 1)

Am 6. März haben Bürgermeister Wolfgang van Vliet und Kämmerer Dieter Feid über die Presse an Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer in Ludwigshafen appelliert, ihre Wohnungen zu orts- und marktüblichen Preisen für die Unterbringung von Asylbewerbern zur Verfügung zu stellen. Die Stadt selbst mietet den Wohnraum an und tritt bei eventuellem Schadensersatz ein.

Seit des Aufrufs gingen bei der Stadtverwaltung über die Mailadresse 5-12@ludwigshafen.de bzw. die Telefonnummer 0621 504 3661 insgesamt 36 Wohnungsangebote ein. Bislang konnten 24 Wohnungsanmietungen, darunter auch von der GAG, in die Wege geleitet werden. Aktuell sind sieben Wohnungen mit 39 Personen belegt. Bis Anfang September werden voraussichtlich alle 24 Wohnungen mit maximal 123 Asylbewerberinnen und -bewerber belegt sein. In vier Fällen wird derzeit noch mit den privaten Vermieterinnen und Vermietern verhandelt.

Zu 2)

Auf der Startseite der städtischen Homepage wird auch weiterhin der Appell an private Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer stehen bleiben. Darüber hinaus wird die Stadtspitze nicht müde, bei jedem Bürgerforum in den Stadtteilen private Vermieterinnen und Vermieter aufzufordern, ihren Wohnraum für Asylbewerberinnen und -bewerber zur Verfügung zu stellen.

An dieser Stelle allerdings auch der Hinweis, dass Besichtigung und Anmietung (= Maklertätigkeit) sowie Betreuung von privatem Wohnraum eine zusätzliche, äußerst arbeitsintensive neue Aufgabe für den Bereich Soziales mit seiner Abteilung Asyl ist – bei dafür gleichbleibender Personaldecke.